



# Bundestags- brief

Nr.275 •Die Woche im Bundestag• 09.10.2020



**Prof. Monika  
Grütters MdB**

Tel.:030/227 70222  
Fax:030/227 76223

monika.gruetters@  
bundestag.de

[www.monika-gruetters.de](http://www.monika-gruetters.de)

## **Halbzeit der EU-Ratspräsidentschaft**

Am 1. Juli 2020 hat Deutschland zum ersten Mal seit 2007 wieder für sechs Monate die Ratspräsidentschaft der Europäischen Union übernommen. Nach drei Monaten kann nun eine vorläufige Halbzeitbilanz der deutschen Ratspräsidentschaft erfolgen.

Die vergangenen drei Monate sind unzweifelhaft geprägt vom Umgang mit den Herausforderungen, vor die die Corona-Epidemie alle EU-Mitgliedsstaaten gleichermaßen stellt. Auf dem EU- Gipfel in vom 17. bis 21. Juli in Brüssel stand deshalb neben den Verhandlungen zum Mehrjährigen Finanzrahmen auch die Einrichtung eines Wiederaufbaufonds zur Bewältigung der Pandemie-Folgen im Mittelpunkt.

In schwierigen Gesprächen und ausführlichen Verhandlungen, die mehr als 91 Stunden andauerten (der zweitlängste EU-Gipfel aller Zeiten), ist es schließlich gelungen, gute Lösungen für ganz Europa zu finden, die gesamteuropäische Solidarität und zukunftsfähige Investitionen für die ganze EU ermöglichen.

Auch in der Kultur- und Medienpolitik konnten einige neue Impulse gesetzt werden, denn schließlich schlägt in der Kultur das Herz Europas. Bei einem Treffen aller Kulturminister waren wir uns einig, dass der Kultur- und Kreativsektor bei den europäischen Aufbauhilfen angemessen berücksichtigt werden muss. Wir stehen in regelmäßigem Austausch über Pandemie-Regelungen mit Augenmaß, die dabei helfen, die Kultur in Europa am Leben zu erhalten. Inzwischen gibt es aus der ganzen EU gute Ideen und Beispiele, die zeigen, wie die Rückkehr zur lebendigen kulturellen Teilhabe auch in Zeiten der Pandemie möglich ist. Darin setzen wir unsere Hoffnung, wenn es darum geht, die Kultur als Europas Herz wieder in den richtigen Rhythmus zu bringen.

## **Zusammenhalt in Vielfalt – Aktionstag für jüdisches Leben in Deutschland**

Vor einem Jahr am 9. Oktober 2019, dem höchsten jüdischen Feiertag Jom Kippur, fand in Halle der antisemitisch motivierte Anschlag auf die Mitglieder der Synagoge in Halle statt. Zwei unbeteiligte Menschen wurden dabei getötet.

Antisemitische Vorfälle sind in Deutschland immer wieder zu beklagen, zuletzt vor wenigen Tagen der Angriff auf einen jüdischen Studenten vor der Synagoge in Hamburg.

Ein Aktionstag am 9. Oktober soll künftig ein sichtbares Zeichen des Miteinanders und der Solidarität mit jüdischen Bürgerinnen und Bürgern setzen. Es braucht eine eindeutige Haltung, öffentliche und auch sichtbare Zeichen der Mehrheitsgesellschaft, dass diese antisemitische, rechtsextreme und radikale Minderheit nicht für das heutige Deutschland steht und man ihnen diesen Anspruch auch nicht zugesteht. Jeder Angriff auf Jüdinnen und Juden in unserem Land ist immer auch ein Angriff auf unsere Gesellschaft und unsere Werte. Jüdisches Leben ist Teil unserer Kultur und Geschichte und muss sich frei entfalten können.

Um sich noch mehr als bisher demokratiefeindlichen Entwicklungen entgegenzustellen, fördert mein Haus verstärkt Angebote politischer, historischer und kultureller Bildung in Kultur- und Gedenkstätten, wie zum Beispiel das Programm „Jugend erinnert“.

Besuche junger Menschen in Gedenkstätten sollten während ihrer Ausbildungszeiten fest und verbindlich eingeplant werden. Denn im besten Fall führen Gedenkstättenbesuche zu unmittelbar persönlichem und berührendem Verständnis, wohin Ausgrenzung, Rassismus und Diskriminierung in einer Gesellschaft führen, und dass jeder einzelne aufgefordert ist, für Menschenrechte und ein friedliches Miteinander einzutreten.

### **Pflicht zum Tragen einer Mund-Nasen-Bedeckung im Bundestag**

Die weitere Entwicklung der Pandemie wird maßgeblich entscheiden, wie die wirtschaftliche und gesundheitliche Erholung verläuft.

Insbesondere wir Parlamentarier haben dabei eine gesellschaftliche Vorbildfunktion. Aufgrund einer veränderten Infektionslage hat der Bundestagspräsident das Tragen einer Mund-Nasen-Bedeckung in den Gebäuden des Deutschen Bundestages verpflichtend angeordnet.

Für unsere Fraktion ist es selbstverständlich, dass wir unseren Beitrag zum Gesundheitsschutz und damit zur Aufrechterhaltung der parlamentarischen Arbeitsfähigkeit leisten.

### **Änderung des Bundeswahlgesetzes auf der Zielgraden**

Im Deutschen Bundestag setzen wir den Beschluss des Koalitionsausschusses vom 25. August 2020 um:

- unverändert 299 Wahlkreise zur Bundestagswahl 2021
- teilweise Verrechnung von Mandaten bei föderal ausgewogener Verteilung
- bis zu drei unausgeglichene Überhangmandate bei Überschreiten der Regelgröße von 598 Mandaten (ab 2021).
- Zur Bundestagswahl 2025 wird die Anzahl der Wahlkreise auf 280 reduziert.

Damit erreichen wir, die Größe des Deutschen Bundestages dauerhaft zu reduzieren. In einem weiteren Gesetz wird ermöglicht, dass das Bundesinnenministerium eine Rechtsverordnung erlassen kann, um - wenn es nicht anders geht - Kandidatenaufstellungen auch außerhalb von Präsenzveranstaltungen zuzulassen (befristet bis Ende 2021).

Darüber hinaus sieht das Gesetz Änderungen im Parteienrecht vor. Aufgrund der COVID-19-Pandemie werden - ähnlich wie für Vereine - beispielsweise verlängerte Amtszeiten von Vorständen und Vertretern, digitale Versammlungsformate, Briefwahlen und räumlich und zeitlich getrennte Urnenwahlen ermöglicht (ebenfalls befristet bis Ende 2021).

### **Deutsche Wirtschaft muss weiter Zugkraft entwickeln**

Nach einem historischen Wirtschaftseinbruch im Frühjahr 2020 mehren sich die Anzeichen einer Erholung. Die Auftragseingänge der Industrie ziehen langsam – auch dank wachsender Nachfrage aus dem Ausland – wieder an.

Während sich gleichzeitig die Lage auf dem Arbeitsmarkt insgesamt leicht verbessert, sind Millionen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern weiterhin in Kurzarbeit. Auch einzelne Branchen und Unternehmen kämpfen nach wie vor um ihr wirtschaftliches Überleben.

Mit Soforthilfen, Bürgschaften und Krediten ist es uns gelungen, noch Schlimmeres zu verhindern. So konnten wir bis Ende September bundesweit rund 103.000 kleinen und mittelständischen Unternehmen mit Überbrückungshilfen unter die Arme greifen.

Die wirtschaftliche Erholung steht auf sehr dünnem Eis. Deshalb sollten wir jede weitere Belastung für Unternehmen vermeiden. Unsere Politik zielt darauf ab, die Zukunftsfähigkeit unserer Wirtschaft zu stärken.

### **An diesem Tag: Montagsdemonstration in Leipzig – Beginn der Friedlichen Revolution**

Am 9. Oktober 1989 findet vor der Nikolaikirche in Leipzig die größte Protestkundgebung in der DDR seit dem 17. Juni 1953 statt.

Über 70.000 Bürger fordern mit Rufen wie „Wir sind das Volk“ oder „Keine Gewalt“ politische Reformen und freie Wahlen. Entgegen vieler Befürchtungen kommt es nicht zu bewaffneten Gegenmaßnahmen gegen die Demonstranten durch Volkspolizei und Stasi.

Vielen Deutschen in der DDR macht der gewaltfreie Sieg der Leipziger über den SED-Machtapparat Mut. Am darauffolgenden Montag sind es bereits 150.000 Menschen, die auf die Straße gehen. Wenige Wochen später sieht sich das SED-Regime gezwungen, seine Macht zunächst am „Runden Tisch“ zu teilen und später ganz abzugeben.

(Quellen: bpb, Bundesregierung)